



„Die Politik muss die Regeln machen“

RICHARD WIENS

Ein Ausweg aus der Schuldenkrise Europas und das Vermeiden einer zweiten Bankenkrise erfordert laut Wilfried Stadler strenge Regeln und einen politischen Kraftakt.

SN: Herr Stadler, haben Sie als ehemaliger Banker Verständnis für die Wut der Menschen auf die Banken und ihre Führungspersonen?

Stadler: Ich kann sie insofern nachvollziehen, weil Teile des Bankensystems, vor allem internationale Großbanken, vor 2008 maßgeblich zum Entstehen der Krise beigetragen haben. Ihr Tun wurde aber von Notenbanken, Aufsichtsbehörden, der Wissenschaft und den Medien genauso unkritisch gesehen wie von der Branche selbst. Daher ist es wichtig, die Lehren, die wir aus 2008 ziehen können, jetzt zu ziehen. Und nicht ein zweites Mal nach den gleichen, falschen Spielregeln in die nächste Finanzkrise laufen.



SN: Was die Wut auslöst ist, dass wir erneut Banken retten zu müssen. Das empfinden viele als unfair, zu Recht?

Stadler: Das sehe ich anders, weil der Vertrauenschock anders als bei Lehman diesmal dadurch ausgelöst wurde, dass man Mitte Juli gesagt hat, Euroländer können bankrottgehen. Das war ein einzigartiger Vertrauensbruch gegenüber Gläubigern. Da ist es nicht verwunderlich, dass alle, die im Vertrauen auf den Zusammenhalt von Euroland Geld geliehen haben, verunsichert sind. Mit der Aussage, Gläubiger müssten bei einem Schuldenproblem eines Eurolandes mitzahlen, wurde der Schleier weggerissen. Wir haben eine Krise, die nur indirekt aus dem Bankensystem kommt, sondern die Ursache im Aufkündigen eines politischen Versprechens hat. Daher kann die Lösung nur im Politischen liegen.

SN: Wenn man Griechenland Schulden nachlässt, haben aber viele Banken Probleme.

Stadler: Ohne politische Begleitmaßnahmen gäbe es einen Dominoeffekt im europäischen Finanzsystem. Deshalb sollte die unvermeidliche Teilentschuldung Griechenlands mit einer politischen Lösung verbunden werden, die Gläubigern signalisiert, dass sich alle übrigen Länder als fiskalischer Verbund verstehen, der durch strengere Instrumente gemeinsam den Weg in die Gesundheit der Staatsfinanzen geht.

Krise. Dass Banken sich ihre Spielregeln selbst machen, ist für Ex-Banker Wilfried Stadler ein unhaltbarer Zustand.

SN: Was macht Sie zuversichtlich, dass dieses Signal gesetzt wird, und dass es an den Märkten dieses Mal auch geglaubt wird?

Stadler: Das wird nur der Fall sein, wenn es in Richtung Euroland-Union geht, deren Mitglieder sich immer, wenn sie Grenzwerte überschreiten, einem vereinbarten Sanierungsregime unterwerfen. Das müsste man mit einem dafür zuständigen EU-Kommissar, einem zu schaffenden Europäischen Währungsfonds und der Emission von Eurobonds verknüpfen. Die Bevölkerung wird aber erst dann davon überzeugt werden können, wenn das mit einer konsequenten Disziplinierung der Bankwirtschaft einhergeht.

na an Wertpapieren in die Bilanz zu nehmen. Diese Verwässerung des Eigenkapitals gehört raus, die ist ein Denkfehler.

SN: Mehr Kapital, was noch?

Stadler: Wir müssen auch Korrekturen an den Bilanzierungsregeln vornehmen. Derzeit fördert die positive Bewertung von Wertpapieren auf dem Kapitalmarkt im Aufschwung die scheinbare Bildung von Eigenkapital. Davon müssen wir weg, das macht das System für Schwankungen anfällig.

SN: Man sollte also dem Schönrechnen in den Bilanzen einen Riegel verschieben?

Stadler: Man hat zu Recht kein Verständnis, dass die Bilanzierungsregeln solche Bewertungsspielräume ermöglichen. Eine Bankbilanz ist von außen unter diesen Um-

an das politische System, das nicht in der Lage ist, die Krise adäquat zu bewältigen.

SN: Was muss am Wochenende passieren, damit man diese Abwärtsspirale durchbricht?

Stadler: Wir brauchen eine verbindliche Aussage, dass Griechenland ein Sonderfall war, den man löst. Und es muss klar signalisiert werden, dass niemand, der einem Euroland Geld borgt, dieses Geld verliert. Das könnte man mit dem Vorziehen des dauerhaften Rettungsschirms ESM von 2013 ins erste Halbjahr 2012 erreichen. Bis dahin sollten Marktverspannungen durch den EFSF-Schirm und die Europäische Zentralbank abgefangen werden. Das würde aber erfordern, dass diese Lösung auch besser erklärt wird. Bisher gibt es eine Rhetorik der Improvisation. Gleichzeitig muss man den Banken signalisieren: „Wir machen die Regeln.“ Die Politik muss die Hoheit über die Spielregeln eines soliden Bankensystems gewinnen, das in der Lage ist, der Realwirtschaft zu dienen, statt sie ständig zu gefährden.



SN: Dann sind wir aber bei der von vielen abgelehnten Haftungsunion und einem Abgehen von der Klausel, dass kein Land von den anderen aufgefangen wird?

Stadler: Das neue Gefüge muss so konstruiert sein, dass die Gefahr des Hängematteneffekts für hoch verschuldete Länder nicht eintritt. Aber klar, die No-bail-out-Klausel (Schuldenübernahme durch andere Länder, Anm.) müsste

man aufgeben. Im Gegenzug bräuchte man viel strengere Maßnahmen, wenn ein Land gegen die Regeln verstößt. Die nationalen Kompetenzen werden dabei aber nicht angetastet, solange die Länder ihre Budgetziele innerhalb eines vereinbarten Korridors nicht verletzen. Das wäre kein Schritt zum Bundesstaat, es gäbe weiter regionale Autonomie bei der Gestaltung der Steuersysteme und der Sozialsysteme.

SN: Und was passiert, wenn es keine europäische Einigung gibt, wie Sie sie skizzieren?

Stadler: Dann wäre es nur eine Frage weniger Wochen, bis man große Rettungspakete bräuchte. Nicht mehr zum Schutz der Bankeneigentümer, sondern der Bürger, und um zu verhindern, dass das System kollabiert. Es wäre auch keine Lösung, Rettungsschirme zu vergrößern, ohne verbindliche Regeln einzuführen. Wenn es dazu nicht reicht, sollten wir diesen Weg abbrechen, und die Mittel dafür verwenden, die eigenen Bankensysteme zu stärken. Wenn wir das nicht zusammenbringen, ist das Eurosystem erledigt und bricht zusammen. Aber mit einer großen Lösung könnten wir die Spekulation in der Sekunde von den Märkten nehmen und erreichen, dass die Realwirtschaft wieder in Ruhe arbeiten kann.

Zur Person



Der Nachdenker

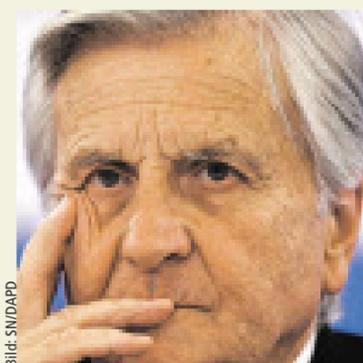
Seit dem Abgang als Vorstandschef der Investkredit Mitte 2009 bringt Wilfried

Stadler seine Erfahrung als Aufsichtsrat in mehreren Unternehmen ein. Zudem publiziert der Co-Herausgeber der „Furche“ regelmäßig, zuletzt das lesenswerte Buch „Der Markt hat nicht immer recht“.

ständen nicht mehr seriös interpretierbar. Es ist überfällig, das zu ändern. Und man muss das System der Schattenbanken einbeziehen, das allein in den USA das 1,3-Fache des offiziellen Bankensystems ausmacht. Um das Paket abzurunden, wäre eine Finanztransaktionssteuer ein wichtiges Signal dafür, dass die Finanzbranche bereit ist, einen Beitrag zum Ausgleich der von ihr verursachten Systemschäden zu leisten. Ich halte es aber für falsch, den Banken vorzuwerfen, dass sie Euroländern Geld geliehen haben, und zu sagen, sie hätten damit einen spekulativen Akt gesetzt. Diese Kritik geht

IM BLICKPUNKT

Mehr Nachrichten
www.salzburg.com



Jean-Claude Trichet geht – und wird gefeiert

Der scheidende Präsident der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet (links im Bild), wurde am Mittwoch im Rahmen eines Festakts in Frankfurt, dem Sitz der EZB, feierlich verabschiedet. Trichet übergibt sein Amt nach acht Jahren an der Spitze in einer Zeit, in der die seit zehn Jahren bestehende Eurozone an einem Scheide-



punkt steht, an den Italiener Mario Draghi (rechts). Der polierte ab 2006 das Image der unter seinem Vorgänger Antonio Fazio skandalgeschüttelten Banca d'Italia wieder auf. Wer Draghi an der Spitze der italienischen Notenbank nachfolgen wird, will Ministerpräsident Silvio Berlusconi heute, Donnerstag, bekannt geben. Über die Nominierung ist ein Konflikt zwischen Berlusconi und seinem Finanzminister Giulio Tremonti entbrannt.